

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Evaluation des Bundesgesetzes über internationale
Kindesentführungen (Po. 20.4448)**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Frick, Karin
Lütolf, Lukas

Bevorzugte Zitierweise

Frick, Karin; Lütolf, Lukas 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Evaluation des Bundesgesetzes über internationale Kindesentführungen (Po. 20.4448), 2021 - 2024*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 17.05.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Rechtsordnung	1
Strafrecht	1

Abkürzungsverzeichnis

BGG	Bundesgerichtsgesetz
BJ	Bundesamt für Justiz
BG-KKE	Bundesgesetz über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen

LTF	Loi sur le Tribunal fédéral
OFJ	Office fédéral de la justice
LF-EEA	Loi fédérale sur l'enlèvement international d'enfants et les Conventions de La Haye sur la protection des enfants et des adultes

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Rechtsordnung

Strafrecht

POSTULAT
DATUM: 19.03.2021
KARIN FRICK

Diskussionslos überwies der Nationalrat in der Frühjahrssession 2021 ein Postulat Feri (sp, AG) für eine **Evaluation des Bundesgesetzes über Kindesentführungen**. Der Bundesrat soll in einem Bericht beleuchten, wie die Bundesbehörden internationale Kindesentführungsfälle im Zusammenhang mit dem Haager Kindesentführungsübereinkommen bearbeiten. Dabei soll untersucht werden, ob sie alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Interessen der entführten Kinder wahrzunehmen.¹

BERICHT
DATUM: 28.08.2024
LUKAS LÜTOLF

In Erfüllung eines Postulats von Yvonne Feri (sp, AG) veröffentlichte der Bundesrat im August 2024 einen **Bericht zur Evaluation des Bundesgesetzes über internationale Kindesentführungen (BG-KKE)**. Darin hält er fest, dass das aus der Unterzeichnung des Haager Kindesentführungsübereinkommens (HKÜ) resultierende BG-KKE die Interessen der Kinder grundsätzlich angemessen wahrnehme und keine Gesamtrevision nötig sei. Besonders seit nur noch eine Behörde für die Verfahren zuständig sei, seien diese deutlich beschleunigt worden, was die ungewisse Situation der betroffenen Kinder verkürzt habe. Verbesserungsbedarf gebe es jedoch bei der konkreten Umsetzung in den Kantonen, welche grosse Unterschiede unter anderem im Einbezug des Kindes, der Ernennung geeigneter Kindesvertretungen oder der Zwangsvollstreckung aufweisen würde. Um in diesen Bereichen Verbesserung zu erzielen, soll das BJ als Zentralbehörde den Austausch mit den betroffenen Stellen intensivieren. Zudem seien zwei gesetzgeberische Änderungen bezüglich Fristenstillstand während der Gerichtsferien und die Zuständigkeit der oberen kantonalen Gerichte bei der Anerkennung von Vereinbarungen zwischen den Eltern zu klären. Diese würden im Rahmen der laufenden Revision des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) und einer künftigen Revision des Familienverfahrensrechts geprüft, so die Regierung.²

1) AB NR, 2021, S. 661; Po. 20.4448

2) Bericht BR vom 28.8.24; Medienmitteilung BR vom 28.8.24